Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte: In der Haupt-Expedition oder deren Ausgabestellen abgeholt monatlich: Ausgabe A (1 mal täglich) 70 Pf., Ausgabe B (2 mal täglich) 80 Pf., bei Zustellung ins Haus Ausgabe A 80 Pf., Ausgabe B 1 Mark. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen (1 mal täglich) innerhalb Deutschlands monatlich 1 Mark ausschl. Bestellgebühren, für Oesterreich-Ungarn 5 K 45 h vierteljährlich, die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.
Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1.
Telephon I, Nr. 9275.

Morgen-Ausgabe B.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Geschäftsinserate aus Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Vereins- u. Kleinanzeigen, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie Ka- und Verkäufe 20 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., für Inserate von auswärts 30 Pf. Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mark. Beilagegebühr 4 Mark p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Für Inserate vom Auslande besonderer Tarif.

Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.

Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).
Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 39. **Freitag** 8. Februar 1907. **101. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Das preußische Abgeordnetenhaus hat gestern die wegen der Reichstagswahlbewegung unterbrochenen Verhandlungen wieder aufgenommen. Der neue Landwirtschaftsminister entwickelte sein Programm. (S. Dtsch. R.)

* Für neue Bedürfnisse der Verkehrsanstalten fordert der neue württembergische Eisenbahnetat 53 Millionen Mark. Zur Deckung sollen 2 Anleihen im Gesamtbetrage von 40 Millionen Mark aufgenommen werden.

* Der Rücktritt des österreichischen Oberhofmeisters Fürsten Liechtenstein wird mit der Polonyi-Affäre in Verbindung gebracht.

* In der französischen Deputiertenkammer wurde gestern der neue Einkommensteuergesetzentwurf eingebracht. (S. Letzte Dep.)

Japan und Amerika.

„Der Mittelpunkt der Weltgeschichte bewegt sich unabänderlich dem Stillen Ozean zu". So hat vor Jahren Marquis Ito das Wort des ersten Napoleon umschrieben, der da sagte: „Der Große Ozean ist das Mittelmeer der Zukunft". Es mag dahingestellt bleiben, ob sich diese Worte tatsächlich bewahrheiten werden, und ob der Stille Ozean in der Geschichte der Völker eine derartige Rolle spielen wird, wie das Mittelmeer und der Atlantische Ozean. Sicher ist, daß sich an seinen Gestaden weltgeschichtliche Ereignisse von ungeheurer Tragweite vorbereiten. Zwei starke, stolze Nationen schicken sich an, um die Vorherrschaft im Stillen Ozean, der wohl in Zukunft nicht mehr mit gutem Recht diese Bezeichnung führen darf, zu ringen.

„Ein Sturm im Wasserglase!" So hieß es, als vor einigen Monaten die San Francisco-Schulaffäre auftauchte. Das ist sie heute schon lange nicht mehr! Ob freilich, wie Roosevelt in seiner Erklärung an die Kongreßmitglieder von Kalifornien gesagt haben soll, der Krieg mit dem „stolzen und tapferen Japan" in allernächster Zukunft zu erwarten ist, läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Sicher aber sind seit Beendigung des russisch-japanischen Krieges der Reibungsflächen zwischen Japan und Amerika mehr als genug entstanden. Schon gleich nach dem ersten japanischen Seesiege gab ein Wort, das im Senat in Washington fiel, der unklaren Befürchtung Ausdruck, daß es mit der Beherrschung des Pazifischen Ozeans vorläufig noch recht schlecht bestellt sei. An Stelle des ersten Enthusiasmus über die japanischen Siege trat das Gefühl des Neides mit der wachsenden Ueberzeugung, daß man dereinst selbst in die Lage kommen werde, den amerikanischen Besitzstand im Stillen Ozean gegen das mächtig aufstrebende Japan zu verteidigen. Der Boykott amerikanischer Waren durch die Chinesen, der mit einer seltenen Energie seitens der bezopften Söhne des Reiches der Mitte durchgeführt wurde, wurde — vielleicht nicht mit Unrecht — auf japanische Intrigen zurückgeführt, und seine für das wirtschaftliche Leben der Amerikaner empfindlichen Wirkungen erhöhten umsomehr die Spannung zwischen Japan und Amerika, als letzteres auch Grund zu Klagen über das rücksichtslose Vordringen der Japaner in der Mantschurei zu haben glaubte. Doch nicht genug damit: Japan fing sogar an, in der ureigensten Domäne der nordamerikanischen Union gefährlich zu werden. Es trat in nahe Beziehungen zu Mexiko und den südamerikanischen Republiken, besonders auch zu Brasilien, wo es mit einer solchen Klugheit, solchem Ernst und einem solch praktischen Blick vordringt, daß tatsächlich die panamerikanischen Hoffnungen der Union gefährdet erscheinen. „Die gelben Affen", wie die rassestolzen Pankees die Japs zu nennen pflegen, überschwemmten schließlich die neuen Besitzstände der Union, besonders die Philippinen und Hawaii. Man hat berechnet, daß nach Ablauf dieses Jahres weit über 100 000 Japaner auf Hawaii, gegenüber etwa 30 000 Europäern und Amerikanern sein werden. Welche Gefahr die Japaner besonders für Hawaii bedeuten, geht daraus hervor, daß der Staatssekretär von der Budgetkommission einige hunderttausend Dollars für die Befestigungen von Pearl Hafen auf Hawaii forderte mit der Bemerkung, Amerika habe allen Grund, die Befestigung der Inselgruppe überhaupt möglichst bald fertigzustellen. Damit ist von amerikanischer Seite die Möglichkeit kriegerischer Verwickelungen zugegeben.

Wie würden sich in einem Kriege die Aussichten für beide Staaten gestalten? Zu jedem Kriege gehört Geld. An Geld fehlt es den Vereinigten Staaten nicht. In dieser Beziehung sind sie zweifellos dem verschuldeten Japan überlegen. Auch ihre Flotte ist, was die Zahl angeht, der japanischen überlegen. Der „Nauticus" nimmt für Ende Mai 1906 folgenden Bestand an:

Fertige amerikanische Linienschiffe 18 (214 000 Tonnen) gegen japanische 18 (172 000 Tonnen).

Fertige Panzerkreuzer 9 (113 000 Tonnen) gegen 9 (82 000 Tonnen).

Fertige geschützte Kreuzer über 2000 Tonnen 17 (71 000 Tonnen) gegen 14 (57 000 Tonnen).

Torpedofahrzeuge über 200 Tonnen 22 gegen 44.

Nehmen wir an, daß kriegerischer Geist und vielleicht auch artilleristische Ausbildung bei beiden Flotten auf gleicher Höhe stehen, so sind doch die amerikanischen Schiffe hinsichtlich ihrer inneren Struktur gegenüber den japanischen bei weitem im Nachteil. Es fehlt den Amerikanern ferner an tüchtigen Seeoffizieren, an einer disziplinierten Mannschaft für die Schiffe und einer leistungsfähigen Marineinfanterie. Es fehlt Amerika aber besonders an schlagfertigen Landtruppen und an brauchbaren Stützpunkten im Pazifischen Ozean für ihre Flotte. Im Falle eines Krieges würden die Japaner natürlich zunächst die Philippinen angreifen. Es würde ihnen ein leichtes sein, das dortige amerikanische Geschwader zu vernichten, und dann die zwanzigtausend Mann der Staatsarmee mittels ihrer tüchtigen, auf Schiffen hinübergeführten Landtruppen niederzumachen oder gefangen zu nehmen. Selbst die Ueberlegenheit der Flotte würde es der Union doch nicht gestatten, der japanischen mit irgendwelchen Aussichten auf Erfolg gegenüberzutreten; denn nur ein geringer Teil befindet sich an der pazifischen Küste und würde leicht von dem japanischen Geschwader überwältigt werden. Erst nach Monaten könnte um Kap Horn herum das an der Ostküste stehende Gros der amerikanischen Flotte sich mit der Unionsflotte an der Westküste vereinigen.

Vielleicht würden die Japaner diese Vereinigung zu hindern suchen, vielleicht aber auch eine große Entscheidungsschlacht auf dem Stillen Ozean abwarten, in der die meisten Chancen des Erfolges für sie sind. Aber selbst für den wenig wahrscheinlichen Fall, daß die Amerikaner im Stillen Ozean den Sieg über die japanische Flotte davontragen sollten, bleibt doch noch die wichtige Frage übrig: Was dann? Die amerikanischen, sicher in der Schlacht arg mitgenommenen Schiffe würden kaum mehr den Weg über den Ozean nach dem fernen Inselreich zurücklegen können; daß gar das amerikanische Landheer imstande sein würde, sich mit Erfolg dem japanischen gegenüber zu stellen, wird selbst der optimistischste Pankee nicht glauben.

Anders allerdings würde sich die Sachlage gestalten, wenn die Amerikaner Zeit gewinnen, ihr Landheer besser auszubilden, ihre Marine auszubauen, den Besitzstand im Archipel zu befestigen und vor allem den Panamakanal fertigzustellen. Man sieht, wie richtig Roosevelt die Sachlage beurteilt, wenn er zur Nachgiebigkeit in der Schulfrage rät, die, obwohl ursprünglich von lokaler Bedeutung, dennoch zur Kriegserklärung seitens der in ihrem Rassegefühl verletzten Japaner führen kann. Und vielleicht ist es sogar noch weniger das beleidigte Rassegefühl, das die Japaner zum Säbelrasseln veranlaßt, als das Bewußtsein ihrer derzeitigen Ueberlegenheit. Nach zehn Jahren dürfte das nicht mehr so ohne weiteres der Fall sein, und vielleicht ist dann die Gelegenheit, die Vorherrschaft im Stillen Ozean zu erringen, bei weitem geringer als im Jahre 1907.

Die Vertretung des Liberalismus im neuen Reichstag.

Die Stärkung, die der bürgerliche Liberalismus durch die Wahlen erfahren hat, spricht sich natürlich am deutlichsten in der Zunahme der Mandate aus, die die in Betracht kommenden Fraktionen aufzuweisen haben.

Die nationalliberale Fraktion zählte nach der Wahl von 1903 49, und bei Auflösung des Reichstages, Dezember 1906, 51 Sitze. Jetzt wird sie über 55 verfügen. Die freisinnige Vereinigung besaß 9 bez. 10 Mandate, jetzt wird sie über mindestens 12 verfügen, wahrscheinlich aber noch drei weitere Abgeordnete (Graf Bothmer, Dr. Neumann-Hofer, Schuldirektor Enders), die als wildliberal gewählt wurden, als Zuwachs erhalten. Die freisinnige Volkspartei war in der vorigen Legislaturperiode durch 21 bez. 20 Abgeordnete vertreten, jetzt zählt sie deren 28. Die deutsche Volkspartei zählte vor der Auflösung 6 Mann, jetzt zählt sie 7. Dazu kommen 5 Wildliberale gegen 2 bei Beginn der vorigen Gesetzgebungsperiode. Mit anderen Worten: die Gesamtzahl der Vertreter des bürgerlichen Liberalismus im Reichstag setzt sich aus folgenden drei Ziffern zusammen: Nationalliberale 55 (statt 49 resp. 51), die schon beim Wahlkampf vereinigten drei liberalen Parteigruppen 47 (36) und 5 Wildliberale (2) stellen zusammen im neuen Reichstag 107 Abgeordnete, während sie im bisherigen Reichstag nur über 78—84 verfügten.

Blicken wir auf den eben vollendeten Wahlkampf zurück, so haben die Nationalliberalen folgende Wahlkreise verloren (die siegreiche Partei ist in Klammer beigefügt):

Mülhausen i. E. (Soz.), Osterode-Reidenburg (Kons.), Wiesbaden (Soz.), Duisburg (Soz.), Schwerin (Kons.), Harburg (Reichsp.), Gießen (Antis.), Goslar (Kons.), Wetzlar (Christ.-soz.), Germersheim (Zentr.), Zweibrücken (Zentr.), Kaiserslautern (Bund der Landw.), Hanau (Soz.), Schleswig (freis. Volksp.), Bretten-Sinsheim (Bd. d. Landw.), Wanzleben (Mittelstandsp.), Alsfeld-Lauterbach (Antis.), Osnabrück (Zentr.), Hamm (Zentr.), Offenbach (Soz.).

Diesem Verlust von 21 Wahlkreisen steht der Gewinn von 25 Wahlkreisen gegenüber (die unterlegenen Parteien in Klammer):

Rienburg (Welfe), Hoyerswerda (Reichsp.), Herford (Kons.), Döbeln (Soz.), Stendal (Kons.), Dithmarschen (freis. Vereinig.), Westhavelland (Soz.), Dresden (Soz.), Gera (Soz.), Leipzig (Soz.), Rostock (Soz.), Auerbach (Soz.), Rudolstadt (Soz.), Darmstadt (Soz.), Memel (Kons.), St. Wendel (Zentr.), Lüneburg (Welfe), Melle-Diepholz (Welfe), Löbau (Soz.), Celle (Welfe), Eßlingen (Soz.), Torgau (Reichsp.), Flensburg (Soz.), Annaberg (Soz.), München I. (Soz.).

Die übrigen 30 Wahlkreise waren schon bisher in nationalliberalem Besitz.

Die nationalliberale Fraktion wird künftig folgende 55 Mitglieder umfassen (in Klammer der Wahlkreis):

Schwabach (Memel), Sieg (Graudenz), Ortel (Thorn), Görcke (Brandenburg), Dr. Detto (Frankfurt a. O.), Prinz Schönaich-Carolath (Guben), Bahn (Sorau), Bassermann (Hoyerswerda), Fuhrmann (Stendal), Kabelt (Magdeburg), Fehlhauer (Wolmirstedt), Rimpau (Halberstadt), Wilde (Torgau), Hagemann (Erfurt), Wommelsdorff (Apenrade), Görck (Dithmarschen), Dr. Semmler (Aurich), Wachhorst de Wente (Melle), Held (Werden), Dr. Arning (Rienburg), Hausmann (Hameln), Zindel (Einbeck), Wehl (Gifhorn), Sievers (Lüneburg), Reese (Stade), Coupe (Herford), Buchsieb (Limburg), Paasche (Kreuznach), Bolz (Saarbrücken), v. Schubert (Ottweiler), Wölzl (München I), Schellhorn (Landau), Hagen (Bayreuth), Renner (Forchheim), Dr. Weber (Löbau), Dr. Heinze (Dresden-A.), Everling (Döbeln), Dr. Junck (Leipzig), Streiemann (Annaberg), Merkel (Auerbach), Hieber (Cannstatt), Wetzel (Eßlingen), Blankenhorn (Lörrach), Beck (Heidelberg), Graf Oriola (Friedberg), Osann (Darmstadt), Haas (Bensheim), Frhr. v. Heyl (Worms), Link (Rostock), Lehmann (Jena), Langerfeldt (Braunschweig), v. Kaufmann (Helmstedt), Quarck (Koburg), Trautmann (Bernburg), Müller (Rudolstadt), Bärwinkel (Sondershausen), Horn (Reuß j. L.).

Die freisinnige Volkspartei gewann von den Sozialdemokraten: Königsberg, Breslau-West, Naumburg-Weißenfels, Halle, Lennep-Mettmann, Altona-Iserlohn, Plauen, Zittau, Elmshorn-Pinneberg, Bremen. Die Partei nahm den Nationalliberalen Schleswig-Eckernförde, den Konservativen Bunzlau-Lüben und Stralsund-Rügen-Franzburg.

Verloren hat die Freisinnige Volkspartei an die Konservativen Sagan-Sprottau, Grünberg-Freistadt und Jerichow, an den Bund der Landwirte Alzey-Bingen, an den wildliberalen Dr. Neumann-Hofer Lippe-Detmold.

Die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei wird künftig folgende 28 Abgeordnete umfassen: Gyßling (Königsberg), Kämpf (Berlin II), Stengel (Rügen), Pfundtner (Breslau-West), Doormann (Lüben), Kopsch (Löwenberg), Fischbeck (Liegnitz), Hermes (Jauer), Ablaß (Hirschberg), Mugdan (Görlitz), Schmidt (Halle), Sommer (Zeitz), Wiemer (Nordhausen), Eickhoff (Langensalza), Spethmann (Schleswig), Dr. Leonhart (Teudern), Carstens (Pinneberg), Müller (Altona), Cuno (Hagen), Eickhoff (Lennep), Goller (Hof), Manz (Erlangen), Buddeberg (Zittau), Günther (Plauen), Ahlhorn (Oldenburg), Träger (Varel), Müller (Meiningen), Hormann (Bremen).

Die Freisinnige Vereinigung verlor Straßburg (bisher Riff) an die Sozialdemokraten, Marburg (bisher v. Gerlach) an die Antisemiten, Dithmarschen (bisher Hoeck) an die Nationalliberalen. Sie gewann vom Bund der Landwirte Heilbronn, von den Konservativen Plön-Segeberg und Neckermünde, von den Sozialdemokraten Stettin und Lauenburg.

Die Fraktion der Freisinnigen Vereinigung wird umfassen die Abgeordneten: Mommsen (Danzig), Delbrück (Neckermünde), Dohrn (Stettin), Gothein (Greifswald), Hoffmeister (Glogau), Dove (Wittenberg), Dr. Struve (Plön), Heckscher (Lauenburg), Dr. Naumann (Heilbronn), Pachnicke (Parchim), Schrader (Dessau), Dr. Potthoff (Waldeck).

Die Deutsche Volkspartei verlor Straßburg-Land und gewann von den Sozialdemokraten Gmünd-Göppingen und Frankfurt a. M. Ihre Fraktion wird die 7 Abgeordneten umfassen: Oeser (Frankfurt a. M.), v. Payer (Tübingen), Schweickhardt (Calw), Wagner (Freudenstadt), Haußmann (Balingen), Wieland (Göppingen), Storz (Ulm).

Außerdem wurden fünf Wildliberale gewählt: Enders in Sonneberg (bisher Soziald.), Graf Bothmer in Hagenow-Grevesmühlen (bisher Konserv.), Grégoire in Metz (bisher klerikaler Elsässer), Dr. Neumann-Hofer in Lippe-Detmold (bisher Freisinnige Volkspartei), Kobelt in Magdeburg (bisher Soziald.).

Möge die neue Legislaturperiode des Deutschen Reichstages ein kraftvolles Zusammenwirken dieser liberalen Männer bringen, auf dem Boden einer gesunden vaterländischen Politik.

Santos Dumont und Graf Zeppelin.

Der Erbauer des kleinsten Motorluftschiffes, der Brasilianer Santos Dumont in Paris, stimmt mit dem Erbauer des größten Motorluftschiffes, dem General der Kavallerie Grafen Zeppelin, darin überein, daß schon jetzt Motorluftschiffe von nicht weniger als 30 000 Kubikmeter Gasinhalt ohne jede Schwierigkeit hergestellt werden können. Vor einigen Tagen wurde Santos Dumont über das Buch des Regierungsrats Rudolf Martin, „Berlin—Bagdad", und über seine Behauptung, daß schon jetzt Motorluftschiffe von 30 000 Kubikmeter Rauminhalt hergestellt werden könnten, befragt. Santos Dumont antwortete: „Schön, warum denn nicht? Ich bin ja nicht für solche großen Sprünge, denn sicher ist es ein großer Sprung von dem Wellmannschiff mit 7000 Kubikmeter zu einem Fahrzeug von der vierfachen Größe und Leistungsfähigkeit. Aber ich sehe nicht ein, warum solche Luftschiffe nicht gebaut werden könnten. Jeder Konstrukteur wird sie liefern gegen einen entsprechenden Preis. Und die Lenkbarkeit wird nicht mehr Schwierigkeiten bereiten als die Steuerung eines modernen transatlantischen Dampfers bei hoher See. Nur wird der Lager- bzw. Landungsschuppen enorm sein müssen und die Kosten werden denen des Ballons mindestens gleichkommen. Auch Luftkriegsschiffe werden nicht ausbleiben. Es ist Tatsache, daß mehrere Regierungen der Frage besondere Aufmerksamkeit zuwenden."

Im Jahre 1903 hat Santos Dumont das kleinste aller überhaupt möglichen Luftschiffe erbaut. Es ist die Nummer 9 in der Serie seiner Luftschiffe mit dem Namen „die Luftballonette". Sie faßte nicht mehr als 261 Kubikmeter Gas. Ihr Motor von 3 Pferdekräften wog nur 3 Kilogramm. Da Santos Dumont persönlich nur 60 Kilogramm wiegt, konnte er mit diesem niedlichen Sportschiff zum Amüsement der Pariser in Dächerhöhe die Avenue der Champs Elysées entlangfahren. Es ist bemerkenswert, daß dieser Konstrukteur des kleinsten Luftschiffes die Erbauung so riesenhafter Motorluftschiffe für möglich hält. Weniger zu verwundern ist dieser Optimismus beim Grafen Zeppelin. Denn das starre Aluminiumluftschiff, mit dem Graf Zeppelin am 9. und 10. Oktober über den Bodensee fuhr, hat bereits einen Gasinhalt von 10 000 Kubikmeter. Trotz der Größe des toten Gewichtes trägt es 30 Personen. Nach einer Berechnung des Grafen Zeppelin wird ein Motorluftschiff aus Aluminium von 30 000 Kubikmeter 200 Personen tragen. Da Santos Dumont von dem Luftschiff des Amerikaners Wellmann sprach, der in diesem Jahre den Nordpol durch die Luft zu erreichen hofft, so ist wohl anzunehmen, daß Santos Dumont an das nicht starre System gedacht hat. Bei einem losen, nicht starren Ballon ist das tote Gewicht erheblich geringer. Sollte die Ausführung eines Luftschiffes von 30 000 Kubikmeter nach dem losen System möglich sein, so würde allerdings ein solches Luftschiff noch weit mehr als 200 Personen tragen können. — Soweit wir unterrichtet sind, hält aber Graf Zeppelin die Erbauung eines Luftschiffes von 30 000 Kubikmeter oder gar noch größeren Rauminhalts nur nach dem starren Aluminiumsystem für möglich. Uebrigens ist in dem Martinschen Buch „Berlin—Bagdad" von der deutschen Kriegsluftschiffflotte des Jahres 1916 berichtet worden, daß alle Kriegsluftschiffe über 20 000 Kubikmeter Gasinhalt aus Aluminium nach dem System des Grafen Zeppelin gefertigt waren. Das große Aufsehen, welches das Martinsche Buch unter den aeronautischen Sachverständigen in England und Frankreich erregt hat, beruht wohl darauf, daß die technischen Unterlagen des Martinschen Buches nicht der Phantasie, sondern einer sorgfältigen Umfrage bei den maßgebenden Erfindern der Motorluftschiffe entsprungen sind. Noch hat kein aeronautischer Sachverständiger, der von den Vertretern der englischen Blätter über das Buch gehört worden ist, sich dahin ausgesprochen, daß in 10 oder 20 Jahren die Landung einer deutschen Luftkriegsflotte in England unmöglich sei. Im Gegenteil, Major Baden-Powell, der Präsident der Aeronautical Society, hat sich dem Vertreter des „Standard" gegenüber dahin geäußert, daß mit einer Landung durch die Luft in Zukunft gerechnet werden müsse, und daß die insularen Vorzüge Englands durch die Aeronautik aufgehoben werden könnten. Als Schutzmittel schlug er die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht vor.

Deutsches Reich.

Leipzig, 8. Februar.

* **Der Dank des Kaisers.** Der „Dresdner Anzeiger" meldet: Der Kaiser hat heute dem Oberbürgermeister Beutler in Erwiderung des Telegramms, das dieser am Tage nach der Stichwahl an den Kaiser gerichtet, folgende Antwort gesandt: „Meinen besten Dank für den freundlichen Gruß des Rates der Haupt- und Residenzstadt Dresden, den ich mit den wärmsten Glückwünschen zu dem bocherfreulichen Zeugnis alter Sachsentreue erwidere. Wilhelm I. R."

* **Der Bundesrat** erteilte in der heutigen Sitzung dem Bericht des Ausschusses über die Umdruckvorlage vom 22. Januar 1907, betr. die Wiedervorlegung von Etats in unveränderter Form an den Reichstag, sowie dem Ausschußbericht über die Vorlage betr. die Prägung von 40 Mill. Mark in Silbermünzen seine Zustimmung.

* **Ein Landesverratsprozeß** wird am nächsten Mittwoch, 13. Februar, werden die vereinigten zweiten und dritten Strafsenate des Reichsgerichts beschäftigen. Angeklagt ist der Bildershändler Michael Prinz alias Joh. Schuhmann, geb. 29. Oktober 1882 in Polianec, Gouvernement Radom, Russisch-Polen, wegen Verrat militärischer Geheimnisse.

* **Zur Frage des Reichstagspräsidiums.** Merkwürdige Anschauungen werden von der demokratischen „Frankfurter Zeitung" zur Frage des Reichstagspräsidiums vertreten. Das genannte Blatt will den ersten Präsidenten wieder aus dem Reihen des Zentrums hervorgehen sehen, weil das Zentrum das die stärkste Partei sei, in der Präsidialangelegenheit nicht in eine Märtyrerstellung gebracht werden dürfe, und weil andererseits die Uebereinstimmung zwischen links und rechts nicht ausreiche, um bei der Präsidentenwahl bekundet werden zu können. „Es ist eine Ehre, aber kein Vergnügen", schließt die „Frankfurter Zeitung", „Präsident eines Reichstages zu sein, ohne eine feste Mehrheit hinter sich zu haben." — Die „Frankfurter Zeitung" setzt also voraus, daß die gesamte Rechte und die Nationalliberalen mit der Wahl eines Zentrumsmannes zum ersten Präsidenten ohne weiteres einverstanden seien. Ginge die „Frankfurter Zeitung" nicht von dieser Voraussetzung aus, dann müßte sie allein die aus Zentrum, Polen, Sozialdemokratie und bürgerlicher Demokratie bestehende „Abwehrmehrheit" als „feste" Mehrheit betrachten. Seltsamerweise pflichtet auch die „National-Zeitung" dem Frankfurter Blatt mit den Worten bei: „Die anderen Parteien haben absolut gar keine Veranlassung, das Zentrum vom Präsidium auszuschließen, sie würden ihm damit nur ein dankbares Agitationsmaterial liefern." — Das Zentrum vom Präsidium auszuschließen, ist etwas ganz anderes, als die Wahl eines Zentrumsmannes zum ersten Präsidenten. Jenem Ausschluß reden auch wir nicht das Wort; aber die Wahl eines Zentrumsabgeordneten zum ersten Präsidenten scheint uns weder mit dem Gesamtwahlergebnis noch mit der Haltung des Zentrums im Wahlkampfe vereinbar zu sein. Nachdem das Zentrum in einer nationalen Frage versagt hat, nachdem im neuen Reichstag eine Mehrheit für dieselbe Frage erzielt worden ist, nachdem das Zentrum im weitesten Umfange ein Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie geschlossen hat, würde es wie ein Hohn auf die Abstimmung des deutschen Volkes wirken, wenn trotzdem das Zentrum an Stelle der genau so starken Rechten den ersten Präsidenten stellte. Vom nationalliberalen Standpunkte aus gebietet es vollends die politische Selbstachtung, die erste Präsidentenstelle nicht dem Mitgliede einer Partei zu übertragen, die den Nationalliberalismus mit so giftigen Waffen im Wahlkampfe befehdet hat.

* **Der württembergische Staatsetat.** Nach dem im „Staatsanzeiger" veröffentlichten Vortrag des Finanzministers zum Hauptfinanzetat für 1907/08 beträgt der gesamte Staatsbedarf für 1907: 90 590 511 ℳ, für 1908: 91 581 280 ℳ. Dagegen betragen die Einnahmen 90 572 406 ℳ bezw. 91 583 737 Mark. Somit ergibt sich für 1907 ein Fehlbetrag von 18 105 ℳ, für 1908 ein Ueberschuß von 2457 ℳ. Im Hauptfinanzetat für 1907 sind zur Verbesserung der Lage der